

Übersicht der tierschutzpolitischen parlamentarischen Aktivitäten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus Berlin August 2012 bis zur Sommerpause 2013

Claudia Hämmerling, MdA

Stand: 01.07.2013

Berlin zur Forschungshauptstadt für Alternativmethoden zu Tierversuchen machen

Antrag vom 08.08.2012

<http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/17/DruckSachen/d17-0441.pdf>

Inhalt

Im letzten Jahr wurden 436 000 Tiere in Tierversuchen in Berlin getötet. Das ist nicht zu akzeptieren. Damit sich das ändert, fordern wir einen zweckgebundenen Forschungsfonds. Für jedes Versuchstier ist eine Abgabe in Höhe von 5 Euro in den Fonds zu entrichten. Die Mittel aus dem Fonds werden für die Forschung an Alternativmethoden verwendet.

Momentaner Stand

Antrag überwiesen an den Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Verbraucherschutz, Geschäftsordnung (federführend): abschließende Beratung ist (noch) nicht erfolgt.

Zirkus-Spaß statt Tierquälerei

Antrag vom 13.11.2012

<http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/17/DruckSachen/d17-0675.pdf>

Inhalt

Kommt es zu tierschutz- oder ordnungsrechtlichen Verstößen von Zirkusbetrieben sind Behörden oft nicht handlungsfähig. So ist die Beschlagnahmung von Wildtieren sehr kostspielig und mit hohem Arbeitsaufwand verbunden. Unzuverlässige Zirkusunternehmen weisen häufig neben tierschutzrechtlichen Mängeln auch technische Mängel auf, z.B. an Fahrzeugen. Um von vornherein zu verhindern, dass diese Zirkusunternehmen Standortgenehmigungen für Gastspielstandorte bekommen, müssen die Zirkusbetriebe Auskunft über ihre bisherigen Verstöße geben. Sind die Gastspielorte auf privaten Flächen, soll den Eigentümern durch die Behörden Hilfestellung angeboten werden.

Momentaner Stand

Abgelehnt im Plenum am 13.06.2013

Tierpark-Zuwendungen an tragfähige Struktur- und Haltungskonzepte knüpfen

Antrag vom 13.11.2012

<http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/17/DruckSachen/d17-0676.pdf>

Inhalt

Zu große Tierbestände, kaum strukturierte Gehege und fehlende pädagogische Konzepte sind schlecht für Tiere und für Besucher. Trotz millionenschwerer Zuwendungen seitens des Berliner Senats wurden die Tierhaltungen im Tierpark nicht verbessert, im Gegenteil. Das vom Management praktizierte Prinzip „Masse statt Klasse“ ermöglicht keine Spielräume für Beschäftigungsprogramme und zeitgemäße Konzepte. Daher sollen weitere Zuwendungen an Bedingungen geknüpft werden. Die Tierparkleitung muss ein nachhaltiges Tierhaltungs- und Strukturkonzept ausarbeiten in dem eine Reduzierung der Tierbestände, Umstrukturierungsmaßnahmen, die Einhaltung der EAZA-Richtlinien (European Association of Zoos and Aquaria) sowie pädagogische Angebote langfristig geregelt werden.

Momentaner Stand

Behandelt im Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Verbraucherschutz, Geschäftsordnung am 22.05.2013. Überwiesen an den Hauptausschuss mit der Empfehlung der Fraktionen SPD und CDU, gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Piraten und bei Enthaltung der Fraktion Die Linke den Antrag abzulehnen. Beratung im Hauptausschuss ist noch nicht erfolgt.

Gesetz über das Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine

Antrag (Gesetzentwurf) vom 25.09.2012

<http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/17/DruckSachen/d17-0549.pdf>

Inhalt

Ziel des Gesetzentwurfes ist es, die Mitwirkungs- und Informationsrechte von rechtlich anerkannten Tierschutzvereinen zu stärken. Sie bekommen somit die Möglichkeit, bei Verstößen gegen das Tierschutzgesetz oder gegen daraus resultierende Regelungen Klage zu erheben. Vorausgesetzt wird, dass ihnen freier Informationszugang gewährleistet werden muss, sowie die Möglichkeit zur Äußerung bei der Vorbereitung von Verordnungen und Rechtsvorschriften.

Momentaner Stand

Am 18.04.2013 in der zweiten Lesung abgelehnt durch CDU und SPD bei Enthaltung der Fraktion Die Linke und bei Zustimmung durch die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Piraten.

Bewusst und gesund ernähren, Klima und Tiere schützen - ein Veggie-Day für Berlin

Antrag vom 03.03.2013

<http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/17/DruckSachen/d17-0885.pdf>

Inhalt

Der durchschnittliche Fleischkonsum in Deutschland liegt weit über den empfohlenen Mengen. Die Fleischproduktion ist einer der Hauptverursacher von Treibhausgas-Emissionen. Weniger Fleisch oder Verzicht auf tierische Produkte und die Heranführung der Menschen an die Vielseitigkeit vegetarischer Gerichte soll durch einen fleischfreien Tag in der Woche befördert werden. Es soll einmal wöchentlich ein Veggie-Day in allen öffentlichen Kantinen Berlins eingeführt werden.

Momentaner Stand

Antrag wurde an den Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Verbraucherschutz, Geschäftsordnung überwiesen.